



„Die duale Ausbildung – Basis für den wirtschaftlichen Erfolg Deutschlands.“

Oldenburgplan 2018 – Beschlussfassung

Verfasser:

Hauke Ahlhorn
Lukas Reinken
Jannes Böck

„Die duale Ausbildung - Basis für den wirtschaftlichen Erfolg Deutschlands.“

Deutschland ist das Land, in dem die duale Ausbildung ihren Ursprung hat. Bereits vor der Industrialisierung gab es in den klassischen Handwerksberufen, wie z.B. Bäcker oder Schmied, die Kombination aus theoretischem Unterricht und praktischer Ausbildung durch den Meister und dessen Familie. Abschlussprüfungen wurden durch die Zünfte abgenommen. Mit der Handwerksordnung (HWO) und dem Berufsbildungsgesetz (BBiG) von 1953 bzw. 1969 wurde die Rolle des Staates als verantwortliche Instanz für den theoretischen Anteil erstmals gesetzlich verankert und die Ausbildung damit deutschlandweit einheitlich geregelt.

Für dieses System werden wir weltweit beneidet; einige Ländern übernehmen dieses System sogar in ähnlicher Form. Besonders die geringe Jugendarbeitslosigkeit ist als positiver Effekt hervorzuheben. Von den 15- bis 25-jährigen sind in Deutschland lediglich 4,3 % arbeitslos. In großen Teilen des Bundesgebiets herrscht in dieser Altersklasse sogar Vollbeschäftigung. Großbritannien beispielsweise, ein Land in dem das sogenannte „training on the job“-Modell vorherrscht, weist eine Jugendarbeitslosigkeit von 11,5 % auf. Auch das genau gegensätzliche Modell in Frankreich, das einem vollzeitschulischen System entspricht und dementsprechend sehr allgemein auf das Berufsleben vorbereitet, ist dort mit einer Jugendarbeitslosigkeit von 20,7% verbunden.¹ Neben dem Einfluss der unterschiedlichen Ausbildungssysteme gibt es viele weitere Faktoren, die Einfluss auf die Jugendarbeitslosigkeit haben, wie beispielsweise die gesamtwirtschaftliche Entwicklung. Dennoch ist davon auszugehen, dass die ausgeglichene Kombination aus theoretischer Ausbildung an staatlichen Schulen und praktischer Ausbildung in den Unternehmen in hohem Maße dazu führt, dass Deutschland in der Statistik der Jugendarbeitslosigkeit den Spitzenplatz in der EU einnimmt.

Dass die Ausbildung nicht nur volkswirtschaftliche Vorteile aufweist, sondern auch für die Unternehmen und Auszubildenden bzw. Arbeitnehmer von großem Vorteil ist, wird dadurch deutlich, dass Volkswagen als erstes Unternehmen in den USA gemeinsam mit einem College die duale Ausbildung zum KFZ-Mechatroniker Anfang der 2010er Jahre eingeführt hat. In weiteren Ländern wie Spanien, Portugal oder der Türkei wird das deutsche System ebenfalls – vorwiegend von Tochtergesellschaften deutscher Konzerne – übernommen und implementiert. Für die Unternehmen ist es eine der wenigen Möglichkeiten, an sowohl theoretisch als auch praktisch gut ausgebildete Fachkräfte zu gelangen. Für die Arbeitnehmer hat dieses Modell den Vorteil, dass sie im Anschluss an

¹ Eurostat, April 2018 <http://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/8939937/3-31052018-AP-DE.pdf/7c9e46d1-1142-49f7-9191-2719a1d68f64>

„Die duale Ausbildung – Basis für den wirtschaftlichen Erfolg Deutschlands.“

die Ausbildung ein Zertifikat der jeweiligen Kammer erhalten, das international anerkannt ist und ihnen damit vielfältige Möglichkeiten auf dem globalen Arbeitsmarkt bietet.

Der Junge Union Landesverband Oldenburg bekennt sich zum mehrgliedrigen Schulsystem in Niedersachsen. Auch wenn das ursprünglich dreigliedrige System, bestehend aus Hauptschule, Realschule und Gymnasium (ergänzt durch verschiedene Förderschulen) in den vergangenen Jahren auf Grund mangelnder Schülerzahlen in den beiden erstgenannten Schulformen unter Druck geraten ist, ist es aus Sicht der Jungen Union richtig, die Mehrgliedrigkeit zu erhalten, um den individuellen Bedürfnissen, Kenntnissen und Fertigkeiten der Schüler gerecht zu werden. Das dreigliedrige Schulsystem bildet den Kern unserer Schulpolitik und kann dort, wo es den lokalen Bedürfnissen entspricht, durch Gesamt- und Oberschulen ergänzt werden. Ideologische Schulstrukturdebatten lehnen wir ab und sprechen uns, zugunsten der Qualität in unseren Schulen, für einen Schulfrieden aus.

Wir stehen für Vielfalt und Wahlfreiheit auch im Bereich der Förderschulen. Dort, wo nicht sichergestellt werden kann, dass Kinder mit Förderbedarf mit gleicher Qualität wie Kinder in Förderschulen beschult werden können, sind Förderschulen zu erhalten. Es gilt, den Eltern die Entscheidungsfreiheit zu gewähren, ihr Kind auf eine Regelschule zu schicken oder alternativ die Förderschule zu bevorzugen. Wir sind der Überzeugung, dass die Eltern bzw. die Kinder selbst am besten darüber befinden können, welche die richtige Schulform ist.

Berufliche Bildung

Die Ausstattung ist das A und O!

Nur Unterricht, der stattfindet, kann zum Lernerfolg beitragen. Daher gilt es analog zu den allgemeinbildenden Schulen, auch an berufsbildenden Schulen die Unterrichtsversorgung zu verbessern. Daraus wird vor allem die stiefmütterliche Behandlung durch die vorherige rot-grüne Landesregierung deutlich. Mit 89,4 % ist diese im Vergleich zu den allgemeinbildenden Schulen in Niedersachsen noch deutlich schlechter! Die allgemeinbildenden Schulen haben im Durchschnitt eine Unterrichtsversorgung von 98,7 %. Die im Koalitionsvertrag von SPD und CDU in Niedersachsen angestrebte Unterrichtsversorgung an allgemeinbildenden Schulen von „mehr als 100 Prozent“ muss genauso für berufsbildende Schule gelten. Die Berufsschulen dürfen nicht bereits bei der Zielsetzung benachteiligt und damit faktisch als Schulen zweiter Klasse deklariert werden.

Eine weitere Grundvoraussetzung für gute Bildung stellt das Lernumfeld und damit die Ausstattung der Schulen dar. Dies gilt insbesondere für den Zustand der Klassenräume. Zum anderen spielt aber

auch eine moderne Ausstattung der Klassenräume eine wichtige Rolle. Wir fordern, dass der von Union und SPD im Koalitionsvertrag auf Bundesebene vereinbarte Berufsbildungspakt mit digitaler Ausstattungsoffensive nicht nur eine leere Worthülse bleibt, sondern zu echten Fortschritten an unseren Berufsschulen führt.

Die finanziellen Spielräume der meisten Schulträger, der Kommunen, sind sehr stark begrenzt. Dies führt häufig dazu, dass Investitionsentscheidungen zu Ungunsten der Berufsschulen gefällt werden. Folgerichtig ist die Politik an dieser Stelle in besonderem Maße gefragt, um die notwendigen Standards sicherzustellen und für gute Bedingungen zu sorgen. Für das Erreichen dieses Ziels ist es zwingend notwendig, dass die von der Großen Koalition beschlossene Lockerung des Kooperationsverbots umfassend vom Land Niedersachsen genutzt wird, um in Zusammenarbeit zwischen Bundes-, Landes- und Kommunalpolitik die berufliche Bildung zu stärken und auf dieser Grundlage eine „Investitionsoffensive Berufsschule“ zu starten. Das bedeutet im Einzelnen: Das Land Niedersachsen wird aufgefordert, ein Programm „Berufsschule der Zukunft“ aufzulegen, damit kommunale Schulträger nachhaltig zu unterstützen und der vorhandene Sanierungsstau behoben wird.

Der JU Landesverband Oldenburg fordert:

- eine Unterrichtsversorgung von mehr als 100 % an den Berufsschulen.
- eine gesteigerte und mit dem allgemeinbildenden Schulsystem gleichwertige Aufmerksamkeit für die Belange unserer Berufsschulen auf allen politischen Ebenen. Dies muss beispielsweise durch die zeitnahe Umsetzung der Forderungen aus den Koalitionsverträgen deutlich werden.
- die Abschaffung des Kooperationsverbots, um den Sanierungs- und Investitionsstau an Berufsschulen im Rahmen einer „Investitionsoffensive Berufsschule“ zu beheben und die Berufsschulen der Zukunft zu schaffen.

Berufsschule der Zukunft – Bessere Kooperation zwischen Betrieb und Berufsschule

Grundlegend für eine erfolgreiche Ausbildung ist eine gute Kooperation zwischen Berufsschule und Unternehmen. Nur auf diese Weise können Schwierigkeiten oder Probleme frühzeitig erkannt werden. Kooperationen können jedoch über den allgemeinen Austausch hinsichtlich der Situation der Auszubildenden hinausgehen. So bietet es sich beispielsweise bei kostenintensiven technischen Anlagen an, dass diese nicht von den Berufsschulen beschafft werden. Vielmehr sollte es angestrebt werden, dass jene Anlagen, die beispielsweise in den Ausbildungswerkstätten der Unternehmen vorhanden sind, für den fachpraktischen Unterricht der Berufsschulen genutzt werden können. Auf diese Weise wird sichergestellt, dass die Auszubildenden ihre praktischen Erfahrungen an Maschinen und technischen Anlagen auf neuestem Stand sammeln können. Hierfür ist zwingend notwendig, dass

den Berufsschulen zu diesem Zweck ein Budget eingeräumt wird und derartige Kooperationen rechtssicher ausgestaltet werden. Die finanziellen Mittel ließen sich beispielsweise dadurch generieren, dass die Schulen eigene technische Anlagen nur noch in geringerem Umfang vorhalten müssten.

Ein weiterer Trend, der die Arbeitswelt insgesamt betrifft und damit auch an der Ausbildung nicht spurlos vorbeigehen sollte, ist die Flexibilisierung. Ein erster Schritt hin zur Flexibilisierung der Berufsschulen sollte es sein, dass Lerninhalte mittels Cloud von den Schülern auch von zu Hause aus und im Betrieb eingesehen werden können. Das erleichtert das Nacharbeiten von Inhalten, insbesondere wenn der Unterricht versäumt wird. Bei der Umsetzung des geplanten Vorhabens einer Bildungscloud sollte den berufsbildenden Schulen ein Vorrang eingeräumt werden, da der Unterricht in der Regel lediglich ein bis zwei Mal pro Woche stattfindet und es somit schneller zu einem Verlust des Anschlusses an das allgemeine Lerntempo kommen kann.

Der JU Landesverband Oldenburg fordert:

- die Schaffung einer Möglichkeit für eine intensivere Kooperation zwischen den Unternehmen und den Berufsschulen beispielsweise zur gemeinsamen Nutzung von technischen Anlagen
- die vorrangige Einführung der Bildungscloud an Berufsschulen

Situation der Auszubildenden verbessern

Wie beispielsweise der Ministerpräsident Sachsen-Anhalts, Reiner Haseloff, sehen wir in den niedrigen Ausbildungsgehältern einen Grund für die hohe Anzahl an Ausbildungsabbrüchen. Die im Rahmen einer Novelle des Berufsbildungsgesetzes (BBiG) geplante und im Koalitionsvertrag zwischen Union und SPD vereinbarte Mindestausbildungsvergütung begrüßen wir ausdrücklich.

Laut Deutschem Gewerkschaftsbund (DGB) sind gerade jene Ausbildungsberufe von hohen Abbrecherquoten betroffen, die eine besonders geringe durchschnittliche Vergütung aufweisen.

Die Vergütung sowie die regelmäßigen Steigerungsraten sollen künftig durch eine Kommission festgelegt werden. Diese soll paritätisch mit Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern sowie wissenschaftlichen Mitgliedern besetzt werden. Unserer Ansicht nach sollte kein Auszubildender im ersten Ausbildungsjahr weniger als 600€ brutto verdienen.

Die immensen Vorteile der dualen Ausbildung wurden bereits deutlich. Umso wichtiger ist es, dieses System für weitere Ausbildungsberufe zu übernehmen und bisher primär oder ausschließlich schulische Ausbildungsberufe zu ersetzen. Insbesondere Berufe mit hohem Fachkräftemangel wie zum Beispiel in der Altenpflege sind dadurch gekennzeichnet, dass die Verdienstmöglichkeiten im Anschluss

„Die duale Ausbildung – Basis für den wirtschaftlichen Erfolg Deutschlands.“

an die Ausbildung eher gering sind und die schulische Ausbildung sehr kostenintensiv ist. Das senkt die Attraktivität im Vergleich zu dualen Ausbildungsberufen oder einem Studium zusätzlich. Hierfür sind neu zu schaffende Ausbildungszentren vermehrt im ländlichen Raum anzusiedeln.

Der JU Landesverband Oldenburg fordert:

- die Einführung einer Mindestausbildungsvergütung, festgelegt durch eine Kommission aus Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertretern sowie wissenschaftlichen Mitgliedern,
- die Ausweitung der dualen Ausbildung auf weitere Ausbildungsberufe, um dem Fachkräftemangel insbesondere in Pflegeberufen zu begegnen und
- Ausbildungszentren für Berufe, die besonders vom Fachkräftemangel bedroht und durch geringe Einkommen geprägt sind, in ländlichen Regionen anzusiedeln.

Allgemeinbildende Schulen und Hochschulen

Unsere Schulen als Motor für das Land der Dichter, Denker und Anpacker

Nie war das Schulsystem in Niedersachsen so diversifiziert wie heute. Das Schulsystem aus Haupt-, Real-, Oberschule und Gymnasium wird ergänzt durch Förderschulen, Integrative und Kooperative Gesamtschulen. Die Schulen haben sich Leitbilder und pädagogische Konzepte gegeben, nach denen sie arbeiten. Die Durchlässigkeit von einer Schulform zur nächsten rückt verstärkt in den Fokus der Bildungspolitik. Diese komplexe Schullandschaft führt jedoch auch zu einer Verunsicherung bei den Eltern, die sich fragen, ob ihr Kind die bestmögliche Förderung an der gewählten Schulform erhält. Damit die Eltern die Fähigkeiten ihrer Kinder richtig einschätzen können, müssen die Schullaufbahneempfehlungen in der 4. Klasse sowie die Benotung anhand des Schulnotensystems von „sehr gut“ bis „ungenügend“ von Klasse 3 an erhalten werden beziehungsweise wieder eingeführt werden, wo sie bereits abgeschafft wurden. Jede Aufweichung dieses Systems führt nicht dazu, dass die Kinder behutsam behandelt werden, sondern dazu, dass Kinder an weiterführenden Schulen über- oder unterfordert sind, weil ihr Leistungsstand vorher nicht quantitativ festgestellt wurde. Zurzeit bieten die Grundschulen zweimal während des 4. Schuljahres ein Beratungsgespräch an, um Eltern bei der richtigen Schulwahl für ihr Kind zu unterstützen. Deshalb fordern wir die mit der Schullaufbahneempfehlung einhergehende Beratung der Eltern innerhalb des 4. Schuljahres des Kindes, damit die Lehrer ihre Einschätzung des Leistungsstandes auch an die Eltern weitergeben können und diese einen umfassenden Eindruck davon erhalten, welche Möglichkeiten für ihr Kind optimal wären. Die Anzahl der jeweiligen Schullaufbahneempfehlungen sollte jeweils an die weiterführenden Schulen weitergeleitet werden, sodass diese mehr Planungssicherheit in ihrer Bedarfsplanung für das nachfolgende Schuljahr besitzen.

„Die duale Ausbildung – Basis für den wirtschaftlichen Erfolg Deutschlands.“

Zu der Wahl einer Schulform gehört auch die Erkenntnis, dass es Kinder gibt, die in einer Regelschule nicht optimal beschult werden. Dies können Eltern für ihre förderbedürftigen Kinder am besten selbst entscheiden. Daher fordern wir die bedarfsorientierte Erhaltung der Förderschule Lernen und der Wahlfreiheit der Eltern, ob ihr Kind auf eine Regel- oder eine Förderschule gehen soll. Für Kinder, die auf die Regelschulen gehen, muss dabei durch das Land gewährleistet werden, dass für sie genügend qualifizierte Betreuer und Lehrkräfte zur Verfügung stehen.

Kurze Wege für kurze Beine

Niedersachsen als Flächenland lebt insbesondere von unseren vielen kleinen Orten und Dörfern. Das Dorfleben wird auch durch die örtlichen Grundschulen mitbestimmt. Eine wohnortnahe Beschulung ist nicht nur ein Stück Lebensqualität für Eltern und Schüler, sie bietet auch eine engere Betreuung und sorgt für eine stärkere Bindung an den Heimatort. Dennoch wurden seit 2005 über 100 Grundschulen in Niedersachsen geschlossen.² Wir fordern daher, dass Grundschulen erhalten werden, so lange es wirtschaftlich Sinn macht. Eine Wirtschaftlichkeit ist dann nicht mehr gegeben, wenn die Prognose der Schülerzahlen im Durchschnitt der nächsten drei Jahre zehn Schülerinnen und Schüler unterschreitet. Sollten Kommunen aus eigenen Mitteln eine Grundschule erhalten wollen, sollte dies von der Landesregierung nicht blockiert werden.

Die digitale Schule – Unterricht neu denken

Durch die Digitalisierung wird sich unser Bildungssystem und unsere Art, Wissen zu vermitteln, stark wandeln. Schon jetzt stehen viele Schulen und ihre Lehrer vor der Herausforderung, dass die Schüler von einem digitalen Umfeld umgeben sind: Sie sind als *digital natives* häufig erfahrener in der digitalen Welt als ihre Lehrer. Hier muss dringend nachgebessert werden. Um vielseitigen Risiken im Internet entgegenzuwirken, ist es nötig, den Schülern eine sichere Medienkompetenz zu vermitteln. Daher fordern wir, dass die Digitalisierung in jedem Lehramtsstudium einen wichtigen Platz einnimmt und die angehenden Lehrer bereits während ihres Studiums im Studienfeld Pädagogik sowie in den fachbezogenen Studienfeldern mit neuen Medien und Konzepten die neuartigen Entwicklungen und den Umgang mit ihnen erlernen. Die Geräte bedienen zu können, reicht allerdings nicht mehr aus. Auch dieser Punkt muss bereits im Lehramtsstudium aufgegriffen werden. Natürlich sind neue Lehrer nicht die einzigen, die sich mit der Digitalisierung auseinandersetzen müssen. Es hilft dabei nicht, wenn auf die Arbeitsbelastung der Lehrer dabei mehr Rücksicht genommen wird als auf die Zukunftsfähigkeit des Lehrplans. Daher fordern wir, dass alle Lehrer in den kommenden drei Jahren eine verpflichtende

² Die Niedersächsischen Allgemeinbildenden Schulen in Zahlen, Stand: Juni 2016, S. 13. (Abrufbar unter: <https://www.mk.niedersachsen.de/startseite/service/statistik/die-niedersaechsischen-allgemein-bildenden-schulen-in-zahlen-6505.html>)

„Die duale Ausbildung – Basis für den wirtschaftlichen Erfolg Deutschlands.“

Nachschulung zu neuen Medien und Digitalität im Unterricht nach Maßgabe des Kultusministeriums erhalten sollen. Als Ausgleich ist hier auch über eine einmalige finanzielle Aufwandsentschädigung für die Lehrer nachzudenken, denn gute und modern ausgebildete Lehrer müssen uns einen finanziellen Mehraufwand wert sein.

Die Digitalkompetenz der Lehrer muss insofern unterstützt werden, als auch Lerninhalte digital verfügbar gemacht werden müssen. Hierbei spielen Open Educational Resources (OER) eine besondere Rolle, wo Lehrer beispielsweise selbst erstellte Arbeitsblätter, Grafiken oder Methodiken unter einer Creative Commons-Lizenz anderen Lehrkräften zur Verfügung stellen. Um diese Art des „Wissen Teilens“ in ganz Niedersachsen anwendbar zu machen, müssen Multiplikationsprojekte wie MOIN („Multiplikatorenunterstützung OER in Niedersachsen“) aus dem Ammerland auch durch Landesmittel gefördert werden. Wir fordern zudem, dass die Landesschulbehörde auf Basis der Datenschutzbestimmungen und der IT-Sicherheit eine für alle Schulen und Lehrkräfte zugängliche Cloud-Plattform für die Verbreitung und Nutzung von OER in Auftrag gibt. Um nachhaltig auch im Lehrplan die Digitalität zu verankern, muss eine Stärkung der MINT-Fächer erfolgen. Daher fordern wir, dass Gymnasien wie zurzeit bei Fremdsprachen die Möglichkeit erhalten, ab Klasse 6 Informatik als zusätzliches Profulfach anzubieten. Hierbei ist darauf zu achten, dass dieses Profulfach nicht auf Grundlagen beschränkt wird, sondern insbesondere Programmiersprachen und tiefergehende Kenntnisse vermittelt werden.

Neue Konzepte – Alte Bauten?

Die Schüler unserer Schulen können am besten lernen, wenn sie sich wohlfühlen. Dies wird in vielen stark sanierungsbedürftigen Schulen jedoch zunehmend schwieriger. Toiletten wurden teilweise jahrzehntelang nicht saniert. Die Dämmung in manchen Klassenzimmern ist derart schlecht, dass die Räume im Sommer überhitzen und im Winter eiskalt sind. Die Akustik ist in vielen Räumen stumpf, sodass konzentriertes Lernen nur unter großen Anstrengungen möglich ist. Die Qualität der Schulgebäude ist über das ganze Land hinweg sehr unterschiedlich. Bei der Sanierung sollten wenn möglich Synergieeffekte genutzt werden, um Planung und Durchführung zu beschleunigen und möglichst schnell den Sanierungsstau bei gleichzeitiger Kosteneffektivität zu beheben. Wir fordern ergänzend seitens des Landes Niedersachsen die Formulierung von Mindeststandards an die Ausstattung von Schulen, um gleichwertige Bildungschancen im ganzen Land zu ermöglichen. Wenn wir ein Land der Dichter und Denker bleiben wollen, müssen wir unsere Schulen adäquat ausstatten und ausrüsten.

Den Hochschulstandort Oldenburger Land stärken

Das Oldenburger Land ist neben Hannover die Hochschulregion in Niedersachsen. Mit mehreren Hochschulen im Oldenburger Land bietet unsere Region ein breites Spektrum an hochschulischer Weiterbildung. Damit wir auch weiterhin vom Dümmer bis zum Nordseestrand hervorragende Fachkräfte an unseren Hochschulen ausbilden können, müssen unsere Hochschulen gut aufgestellt werden. Die Hochschulen haben dabei eine jeweils ganz individuelle Spezialisierung. Wir fordern daher von der Landesregierung eine Strategie zur weiteren Akkreditierung von fachverwandten Studiengängen.

Die Universitäten Oldenburg und Vechta sind zudem stark auf das Lehramtsstudium ausgerichtet. Hier hat es in Oldenburg seit vielen Jahren den Gesprächskreis Schule-Universität (GSU) gegeben, bei dem sich Vertreter von Schulen, Universitäten und der Landesschulbehörde in informellem Rahmen austauschen und Verbesserungspotenzial diskutieren konnten. Die Landesschulbehörde hat den Lehrkräften jedoch Anfang 2018 untersagt, während ihrer Dienstzeit an diesem Gremium mitzuwirken. Zudem nimmt die Landesschulbehörde nicht mehr an den Treffen teil. Wir fordern die Landesschulbehörde auf, in dieses wichtige Austauschgremium zurückzukehren und auch den Lehrkräften eine Teilnahme zu gestatten. Darüber hinaus fordern wir, eine solche Plattform in Kooperation mit anderen Lehramts-Hochschulen und Regionen auszubauen.

Der JU Landesverband Oldenburg fordert:

- den Erhalt bzw. die Wiedereinführung der Benotung ab Klasse 3
- die Wiedereinführung der Schullaufbahnpflicht sowie die verpflichtende Teilnahme der Eltern an einer Beratung zur Auswahl einer weiterführenden Schule
- den Erhalt von Grundschulen, solange die Wirtschaftlichkeit gewährleistet ist.
- die Integration von digitalen Kompetenzen in die Studieninhalte der Lehramtsstudiengänge (Pädagogik und Fachbereich).
- eine verpflichtende Nachschulung zu digitalen Kompetenzen für alle Lehrer mit einer Aufwandsentschädigung als Ausgleich.
- die Förderung von OER-Initiativen und eine Einrichtung eines OER-Cloud-Netzwerkes für alle Schulen und Lehrer.
- eine Strategie zur Neuakkreditierung fachverwandter Studiengänge an den Hochschulen im Oldenburger Land.
- die Rückkehr der Landesschulbehörde in den Gesprächskreis Schule-Universität und die Einrichtung dieses Gremiums auch an anderen Hochschulen.

„Die duale Ausbildung – Basis für den wirtschaftlichen Erfolg Deutschlands.“

- die Formulierung von Mindeststandards an die Ausstattung von Schulen seitens des Landes Niedersachsen.

Lebenslanges Lernen

Lebenslanges Lernen – Motor für die Zukunft

Die Welt verändert sich – und das immer rasanter. Schätzungen ergaben, dass sich das Wissen der Menschheit im 18. Jahrhundert alle 100 Jahre verdoppelte. Heute dauert das nur noch fünf Jahre.³ Was vor einigen Jahren noch technischen Fortschritt bedeutete, kann heute bereits an Geltung verloren haben. Doch nicht nur die Digitalisierung, auch unsere Wissenschaften, die Forschung und unser Alltag sind im ständigen Wandel und entwickeln sich weiter. Als Grundlage für ein fortschrittliches und erfolgreiches Berufsleben reicht die (hoch-)schulische Ausbildung nicht mehr aus. Der Arbeitsplatz von morgen ist anders – und wir brauchen Instrumente, um auf diese Veränderungen zu reagieren.

Berufliche Weiterbildung wird in den kommenden Jahren noch stärker an Bedeutung gewinnen. 2017 waren bereits fast 35 % aller Arbeitnehmer älter als 50 Jahre.⁴ Besonders in Anbetracht der demographischen Entwicklung ist es heute wichtiger denn je, dass Arbeitnehmer bis ins hohe Alter mit den neuesten Entwicklungen vertraut sind – auch um junge Menschen zu entlasten.

Lebenslanges Lernen wird über die Zukunftsfähigkeit einer Gesellschaft entscheiden. Es ist eine Aufgabe für die Gesellschaft, die Betriebe und den Staat zugleich.

Beratungsangebote vernetzen und bewerben

Den Arbeitgebern und Arbeitnehmern stehen bereits eine Vielzahl von unterschiedlichen Institutionen zur Verfügung, um Weiterbildungsangebote wahrzunehmen. Häufig scheitert es jedoch an der Vernetzung der einzelnen Beratungsstellen – hier ist der Staat gefragt. Durch den Ausbau und die Vernetzung des Beratungsangebotes sollen Betriebe, Weiterbildungsanbieter, Gewerkschaften und Kammern stärker mit den Schulen, Volkshochschulen und Hochschulen zusammengebracht werden – damit das vorhandene Angebot optimal ausgeschöpft werden kann.

Dennoch gibt es große Probleme damit, das Weiterbildungsangebot an die Arbeitnehmer zu bringen. Studien zeigen, dass nur ein Bruchteil der Berufstätigen regelmäßig Angebote nutzt. Deswegen fordern wir eine landesweite Kampagne, die auf die vielfältigen Möglichkeiten und Notwendigkeiten von beruflichen Weiterbildungsphasen aufmerksam macht.

³<https://www.netzwelt.de/news/93140-kommentar-mythos-wissensgesellschaft.html>

⁴https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesamtwirtschaftUmwelt/Arbeitsmarkt/Erwerbstaetigkeit/Tabelle_nBeschaeftigungsstatistik/Altersgruppen.html

Weiterbildung braucht Zeit

Das Niedersächsische Bildungsurlaubsgesetz soll Weiterbildungsmaßnahmen in Form von Freistellungen von der Arbeitszeit fördern. Dadurch haben Arbeitnehmer die Möglichkeit, sich für bis zu fünf Tage pro Kalenderjahr bei Lohnfortzahlung für Weiterbildungsveranstaltungen freizustellen. Wir wollen die Anzahl der Freistellungstage pro Kalenderjahr auf sieben Tage erhöhen.

Um Arbeitnehmer auf ihr Recht auf Bildungsurlaub aufmerksam zu machen, möchten wir, dass die Politik aktiver auf die Möglichkeiten des Bildungsurlaubs hinweist und eine entsprechende Kampagne zur Bewerbung startet.

Lernen muss gelernt sein

Lebenslanges Lernen beginnt bereits in der Schule. Wir wollen die Kompetenz „Lernen“ fördern, um Menschen auch nach ihrer schulischen Ausbildung die Fähigkeit zu geben, sich individuell und eigenständig weiterzubilden. Häufig muss festgestellt werden, dass junge Erwachsene, aber auch Arbeitnehmer im höheren Alter nicht in der Lage sind, vernünftig zu lernen. Dabei ist jedoch die Fähigkeit, vernünftig lernen zu können, eine Grundvoraussetzung für die Motivation zur Weiterbildung. Wir wollen den Grundstein dafür bereits in der Schule legen – damit Schüler lernen, zu lernen. Jedes Schulkind soll sich unabhängig von der besuchten Schulform in der Sekundarstufe 1 im Rahmen eines Projektes mit dem Thema „Lernen lernen“ auseinandersetzen. Bereits im frühen Alter sollen den Arbeitnehmern von morgen Methoden an die Hand gegeben werden, um selbstständig und effektiv lernen zu können. Diese Elemente sollen im Laufe der Schulbildung, insbesondere auch der beruflichen Schulausbildung, immer wieder aufgegriffen werden. Wir müssen zudem Schülern verstärkt vermitteln, dass berufliche Weiterbildung elementarer Bestandteil der Berufsausübung ist. Bereits früh sollen den Berufsschülern die Möglichkeiten der berufsspezifischen Weiterbildungen erklärt werden.

Der Arbeitsplatz als Bildungsort

Der Arbeitsplatz muss zunehmend auch Lernort sein. Hier sind die Betriebe gefragt: Unternehmen müssen die Möglichkeiten, sich innerbetrieblich weiterzubilden, verstärken und den Arbeitnehmern durch attraktive Aufstiegschancen und Bonuszahlungen Anreize geben, Weiterbildungen wahrzunehmen. Denn auch die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen definiert sich durch die Fähigkeiten der Weiterbildung der eigenen Arbeitnehmer. Insbesondere unsere mittelständischen Unternehmen im Oldenburger Land, die auf dem europäischen und globalen Markt agieren, müssen sich ständig weiterentwickeln, um auf großen Märkten konkurrenzfähig zu bleiben.

Diese Anforderungen an Unternehmen wollen wir durch steuerliche Entlastungsmodelle unterstützen. Der Staat muss Anreize schaffen, damit Betriebe ihren Arbeitnehmern die Möglichkeiten und die Arbeitszeit zur Verfügung stellen, um Bildungsphasen während der Arbeitszeit wahrzunehmen.

Globalisierung als Chance nutzen

Eine zunehmend globalisierte Welt erfordert auch die Kenntnis von Sprache. Häufig muss festgestellt werden, dass vor allem die wichtigen Englischkenntnisse der Deutschen ausbaufähig sind. Eine Studie zeigt, dass noch immer fast 40 % aller über 14-Jährigen nur geringe oder gar keine Englischkenntnisse haben.⁵ In zunehmend vielen Berufen ist die englische Sprache unerlässlich. Dabei reicht oftmals das Schulenglisch, das Arbeitnehmer Jahre oder Jahrzehnte zuvor in der schulischen Ausbildung erlernten, nicht mehr aus. Aber auch andere wichtige Sprachen wie bspw. Spanisch, Französisch, Russisch oder Mandarin, die für die Wirtschaft relevant sind, werden bislang kaum beachtet. Viele Unternehmen haben diese Problematik bereits erkannt und bieten Fortbildungen und Sprachkurse für ihre Mitarbeiter an. Hier sind Staat und Betriebe gefragt: Das Angebot für fremdsprachliche Aus- und Weiterbildungen muss gestärkt werden. Die in der Regel kommunalen Träger der Volkshochschulen müssen ziel- und zweckgerichtete, bessere finanzielle Förderungen bekommen, um ein umfangreiches Kursangebot flächendeckend und kostengünstig anbieten zu können. Die Möglichkeiten der Fortbildung in diesen Bereichen dürfen sich nicht durch die Größe des Betriebes oder die eigenen finanziellen Mittel begrenzen.

Integration durch Bildung

Lebenslanges Lernen heißt auch, dass sich Menschen, die ohne deutsche Schulbildung nach Deutschland kommen, altersunabhängig durch Weiterbildungsmaßnahmen und Sprachkurse in den Arbeitsmarkt integrieren müssen. Der Staat muss für diese Personen ausreichende Kapazitäten zur Verfügung stellen, um eine gelungene Integration in den Arbeitsmarkt sicherzustellen.

Eine optimale Integration in Gesellschaft und Arbeitsmarkt gelingt nicht, wenn nur Sprachbarrieren abgebaut und Berufsw Weiterbildungen durchgeführt werden. Migranten müssen besonders das deutsche Wertesystem vermittelt bekommen – denn auch diese Werte sind wichtig für eine Berufsausübung in Deutschland. Hier wollen wir, dass das Angebot insbesondere an Volkshochschulen ausgebaut und die Nichtwahrnehmung einer Verpflichtung künftig stärker als bisher sanktioniert wird. Die Frage der vernünftigen Integration in den deutschen Arbeitsmarkt wird in den nächsten Jahren wie nie zuvor über die Stärke und Dynamik der deutschen Wirtschaft mitbestimmen.

⁵<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/170896/umfrage/einschaetzung-zu-eigenen-englischkenntnissen/>

Der JU Landesverband Oldenburg fordert:

- die bessere Vernetzung der bereits bestehenden Beratungsangebote für Berufsweiterbildungen.
- eine landesweite Kampagne, die die Notwendigkeit und Möglichkeiten beruflicher Weiterbildungen in den Fokus setzt.
- eine Ausweitung der Bildungsurlaubmöglichkeiten auf sieben Tage pro Kalenderjahr
- ein projektorientiertes „Lernen lernen“ in der Sekundarstufe 1 und in der beruflichen Schulausbildung.
- attraktive Aufstiegsmöglichkeiten und innerbetriebliche Strukturen, damit Unternehmen ihre Mitarbeiter motivieren, Weiterbildungen vorzunehmen.
- steuerliche Entlastungsmodelle für die Betriebe, die sich aktiv um die Weiterqualifizierungen ihrer Mitarbeiter bemühen.
- die Ausweitung und eine finanzielle Unterstützung für Sprachangebote an den Volkshochschulen, um auf die Herausforderungen der Globalisierung zu reagieren.
- ein umfangreicheres Integrationsangebot für Migranten mit Vermittlung des deutschen Wertesystems, damit eine vernünftige Integration in den deutschen Arbeitsmarkt gelingen kann.